

Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Aufgabe der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Erstellung des Gewerbe- und Industriegebietes „Herreshagen-Sonnenberg“ der Stadt Gummersbach

Beratungsfolge:

	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Ausschuss für Wirtschaftsförderung...				12.03.02

Finanzielle Auswirkungen:

Sachverhalt:

Die Stadt Gummersbach will im Bereich „Herreshagen-Sonnenberg“ zwischen der Ortslage Wasserfuhr und der Landesstraße 306 ein weiteres Gewerbe- und Industriegebiet ausweisen. Diese Flächen wurden in dem Gebietsentwicklungsplan für die Region Köln eingestellt. Ursprünglich war beabsichtigt, das zukünftige Gewerbegebiet in interkommunaler Zusammenarbeit zu entwickeln und zu realisieren. Deswegen hat es zwischen der Stadt Gummersbach, der Stadt Wiehl und der Gemeinde Marienheide verschiedenste Gesprächsrunden gegeben. Dabei war man sich einig, dass die betroffenen Kommunen für die weitere Entwicklung der Kreismitte Oberbergs eine besondere Verantwortung tragen und sich für die Lösung bestimmter Sachaufgaben neue Kooperationsmodelle anbieten. Eine dieser Sachaufgaben sollte das interkommunale Gewerbegebiet „Herreshagen-Sonnenberg“ sein. Dieses sicherlich auch vor dem Hintergrund einer Landesförderung, da bevorzugterweise interkommunale Projekte in der Region gefördert werden.

Diese Thematik hat die Stadtverwaltung Gummersbach mit dem Förderdezernat der Bezirksregierung erörtert. Angesichts der recht geringen Förderquote, den Einschränkungen beim Besatz der mit Mitteln des Landes geförderten Gewerbegebiete, den mit der Förderung verbundenen zeitlichen Zwängen und dem eventuellen Organisationsaufwand bei einer interkommunalen Maßnahme hat die Stadt Gummersbach Abstand von einer Förderung durch das Land in Verbindung mit einer interkommunalen Durchführung der Maßnahme genommen. Dieses wurde der Gemeinde Marienheide mit Datum vom 23.01.2002 schriftlich mitgeteilt. Den genauen Wortlaut bitte ich der beigefügten Fotokopie dieses Schreibens zu entnehmen.

Damit ist die interkommunale Realisierung dieses Gewerbegebietes als erledigt zu betrachten. Die Erweiterung des Gewerbegebietes Rodt und die Umnutzung der ehemals militärischen Anlage in Griemeringhausen, mit deren Umsetzung in Kürze begonnen wird, genießen natürlich bei der gewerblichen Entwicklungsplanung der Gemeinde Marienheide oberste Priorität. Dennoch sollte

man bereits in die Zukunft denken und Ansätze für weitere gewerbliche Nutzungen eruieren. Hierbei macht es weiterhin Sinn, auch interkommunale Lösungen ins Kalkül zu ziehen. Dieses nicht nur aus möglichen förder-technischen Gründen, sondern zur Stärkung einer gemeinsamen Region.

Bislang war es allerdings Auffassung der Bezirksregierung, nachfrage- und nicht angebotsorientierte Gewerbegebiete auszuweisen. Deswegen können und sollen maßgebliche Initiativen ergriffen werden, sobald erkennbar ist, dass die beiden bereits genannten Gewerbebestände weitestgehend ausgeschöpft bzw. vergeben sind.

Anlage

Fotokopie des Schreibens der Stadt Gummersbach vom 23.01.2002

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen

Im Auftrag

Armin Hombitzer

Marienheide, 28. Februar 2002